Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte und deren Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1180; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 323. Halle a. S., Mittwoch, den 14. Juli. **1909.**

Schliessung des Reichstages.

282. Sitzung vom 13. Juli.

Am Tische des Bundesrats: Sydow, Frhr. v. Rheinbaben, Dernburg, Kühn u. a.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Ohne Erörterung werden in dritter Beratung verabschiedet das **Musterschutzgesetz mit Dänemark, der Handelsvertrag mit Venezuela und die Novelle zum Schantzgefängnisgesetz.**

Die zollwidrige Verwendung der Gerste.

In der zweiten Lesung hat das Haus beschlossen, daß Gerste, die zum niedrigeren Zollsatz eingeführt ist und nicht zu Futter- und Brennzwecken verwendet wird, durch Färbung mit Eosin zu kennzeichnen ist. Die Regierung erklärte diesen Beschluß in Rücksicht auf den russischen Handelsvertrag für unannehmbar. Zur dritten Lesung liegt heute ein Antrag Speck (Ztr.) vor, der die obligatorische Bestimmung durch eine Ermächtigung des Bundesrats ersetzt. Der Bundesrat soll die zur Durchführung des Verbots zollwidriger Verwendung von Gerste erforderlichen Bestimmungen erlassen und ist insbesondere befugt, für die zum niedrigeren Zollsatz eingeführte Gerste eine Kennzeichnung vorzuschreiben.

Ministerialdirektor **Kühn** erklärt diese Bestimmung für annehmbar.

Auf mehrmaliges Drängen der Abgg. Dr. Semler (nl.) und Dr. Carstens (frs. Vp.) gibt

Ministerialdirektor Kühn

schließlich die Erklärung ab, daß die Kennzeichnung nicht erfolgen wird, wenn die Verwendung, abgesehen von Futterzwecken, zu Brennzwecken, zur Malzkaffee- und Graupenfabrikation nachgewiesen wird; weiter, daß von der Färbung mit Eosin überhaupt abgesehen werden wird, wenn sich in der Praxis Unzuträglichkeiten herausstellen sollten.

Das Gesetz wird in der Fassung des Antrages Speck angenommen.

Die Nationalliberalen stimmen dafür, die Freisinnigen dagegen.

Die bestimmungswidrige Verwendung von Kolonialgeldern.

Zur dritten Beratung steht sodann die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des **ostafrikanischen und südwestafrikanischen Schutzgebietes** für das Rechnungsjahr 1901. Diese Uebersicht war, nachdem sie in der Rechnungskommission geprüft worden war, noch zweimal in die Kommission zurückverwiesen worden. Es handelt sich um die eigenmächtige Verausgabung einer größeren Summe in Swakopmund durch einen höheren Baubeamten.

In zweiter Lesung hat das Plenum des Reichstags diese Rechnung trotz lebhaften und wiederholten Einspruchs des Staatssekretärs Dernburg beanstandet.

Abg. Dr. **Görcke** (nl.)

beantragt, den beanstandeten Beschluß zweiter Lesung zu bestätigen.

Staatssekretär **Dernburg**

erneuert den Einspruch und führt in wiederholten Auseinandersetzungen Dr. Görckes Entschuldigungsgründe an.

Abg. **Erzberger** (Ztr.)

behauptet, daß der Staatssekretär soeben einen neuen, früher noch nicht erwähnten Grund vorgeführt habe und beantragt deshalb die Zurückverweisung an die Kommission.

Abg. Dr. **Görcke** (nl.)

spricht gegen die Zurückverweisung; da gebe es nichts neues mehr aufzuklären.

Im Hammelsprung wird die Zurückverweisung mit 159 gegen 133 Stimmen abgelehnt und der Beschluß zweiter Lesung bestätigt.

Der Bericht der **Reichsschulden-Kommission** über die Verwaltung des Schuldenwesens des Deutschen Reiches usw. wird genehmigt.

Bittschriften.

Eine Petition auf Bewilligung von Gemeinde-Beihilfen aus Reichsmitteln wird als Material überwiesen, ebenso eine Eingabe betreffend den Gewerbebetrieb der Rechtskonsulenten. Zur Berücksichtigung überweisen wird eine Petition auf Bekämpfung der Animierkneipen, weiter eine Eingabe betreffend unsittliche Bilder und Schriften. Weiter werden debattelos erledigt eine ganze Reihe von Petitionen, die Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse anstreben.

Sämtliche Petitionen, zu denen Wortmeldungen vorliegen, werden abgesetzt. Das Gesetz über die Gewährung von Kriegsteilnehmerbeihilfen wird in dritter Lesung erledigt.

Wahlprüfungen.

Die Kommission beantragt über die Wahl des Abg. Dr. Contze (2. Minden, nl.) Beweiserhebungen.

Abg. Dr. **Heintze** (nl.)

erhebt gegen die formelle Abfassung des Berichts Widerspruch, weil dadurch der Anschein erweckt werde, als ob die Nationalliberale Partei illoyalerweise von einer Depesche der Gegenpartei Gebrauch gemacht habe, was den Tatsachen nicht entspreche.

Abg. Schwartze-Lippstadt (Ztr.):

Wer unbefangen die Sache prüft, muß zugeben, daß die Depesche unfair benutzt worden ist.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (frs. Vgg.)

stimmt dem Antrag Heintze zu. Die Fassung ist so ungenau, daß Folgerungen möglich sind, die die Kommission selbst gar nicht gezogen hat.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Ueber die Wahl der Abgg. Euen (kons., Wartenberg-Oels) und Spindler (Ztr., Germersheim) werden Beweiserhebungen beschlossen, ebenso über die Wahl der Abgg. v. d. Wense (Rp., Uelzen-Lüchow), Riesberg (wirtsch. Vgg., Wanzleben), Dr. Struve (frs. Vgg., Plön-Oldenburg), v. Saß-Jaworski (Pole, Schwetz) und v. Schubert (Hosp. d. Nl., St. Wendel-Ottweiler).

Für gültig erklärt wurden die Wahlen der Abgg. Oeser (südd. Vp., Frankfurt a. M.) und Graf v. Carmer-Zieserwitz (kons., Breslau-Land).

Es folgt die Beratung über die Wahl des Abg. Kölle (wirtsch. Vgg.). Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Abg. Fischer (Soz.) beantragt Beweiserhebungen. Dieser Antrag wird angenommen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgg. von Winterfeld-Menkin (kons.), Legien (Soz.), Brey (Soz.) und Haas (nl.).

Es folgt die Beratung über die Wahl des Abg. Kleye (nl., Wolfenbüttel-Helmstedt). Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. **Goerrt**-Holstein (nl.) spricht gegen den Kommissionsantrag.

Abg. Dr. **Neumann**-Hofer (frs. Vgg.) beantragt, die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. **Schwartze**-Lippstadt (Ztr.) tritt für den Beschluß der Kommission ein.

Abg. **Fischer** (Soz.) widerspricht der Zurückverweisung an die Kommission. Die Wahl in Frankfurt a. O. wurde früher kassiert, weil ein Regierungsbeamter einen Wahlaufruf ein halbes Jahr vorher unterzeichnete. Hier will man die Unterschriften von Beamten als ganz harmlos hinstellen. Gegen amtliche Wahlbeeinflussungen müssen wir ganz besonders vorgehen. Hat doch der Reichskanzler uns gesagt, bei den nächsten Wahlen blase er uns noch ein ganz anderes Lied vor. — Ja, er bläst! (Große Heiterkeit.)

Die Diskussion schließt. Die Abstimmung ist auf Antrag des Abg. Götz von Olenhusen (Welfe) namentlich. Mit 181 gegen 146 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Wahl an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die Wahl des Abg. v. Kaphengst (kons., Sternberg). Die Kommission beantragt die Ungültigkeitserklärung.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Bei der Beweiserhebung ist von seiten der Kommission formell nicht korrekt verfahren worden. Die Kommission hat sich direkt mit dem Landrat in Verbindung gesetzt, statt den richtigen Instanzenweg innezuhalten. Zurückverweisung an die Kommission ist notwendig. Ich beantrage das.

Abg. Dr. **Neumann**-Hofer (frs. Vgg.) schließt sich den formellen Bedenken an.

Abg. **Fischer** (Soz.): Es ist alles klipp und klar festgestellt worden. Weshalb will man denn da Zurückverweisung beschließen?

Abg. v. **Brockhausen** (kons.): Der fragliche Wahlaufruf mit den Unterschriften der Amtsvorsteher muß vorliegen; erst dann kann man die ganze Situation überschauen.

Ein Antrag des Abg. Götz von Olenhusen auf namentliche Abstimmung findet nicht die erforderliche Unterstützung. Entsprechend dem Antrage Arendt wird die Wahl an die Kommission zurückverwiesen.

Die dritte Lesung des Besoldungsgesetzes.

In zweiter Lesung hat gestern das Plenum durch Annahme einer Reihe von Anträgen der Nationalliberalen und Freisinnigen (Beck und Dr. Ablaß) Beschlüsse gefaßt, die die Vertreter der verbündeten Regierungen, Staatssekretär Sydow und Minister Frhr. v. Rheinbaben, auf Grund eines einhelligen Beschlusses des Bundesrats für unannehmbar erklärt hatten. Unter anderem wurden die Gehälter für die Landbriefträger in Klasse 2 auf 1100 bis 1500 Mk. normiert (1100, 1160, 1220, 1290, 1360, 1430, 1500), die Postschaffner in Klasse 3 auf 1200 bis 1800 (1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800), die Oberpostschaffner usw. in Klasse 2 auf 1600 bis 2200 Mk. (1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200), die Assistentenklasse in 2c auf 1800 bis 3600 (1800, 2100, 2400, 2700, 3000, 3200, 3400, 3600 Mk.) Die Abgg. Dr. Drösher, von Liebert und Erzberger haben (für die konservative Partei, die Reichspartei und die Mehrheit des Zentrums) den Antrag eingebracht, die Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung überall wieder herzustellen.

Reichsschatzsekretär **Sydow**

verliest folgende Erklärung:

Mit Zustimmung der verbündeten Regierungen habe ich folgendes zu erklären: Der Reichstag hat gestern zur zweiten Lesung der Besoldungsvorlage über die Gehälter der Unterbeamten und der Assistenten Anträge angenommen, welche über die von der Budgetkommission vorgeschlagenen Gehaltssätze hinausgehen und von den Vertretern der verbündeten Regierungen bereits als unannehmbar bezeichnet worden sind. Die Gründe der verbündeten Regierungen sind sowohl in der Budgetkommission als auch im Plenum so eingehend dargelegt, daß ich auf ihre Wiederholung verzichten kann. **Der Bundesrat hat sich gestern noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, dem Besoldungsgesetz die Zustimmung zu versagen, falls bei der endgültigen Beschlußfassung des Reichstages über die von der Kommission angenommenen und vom Bundesrat zugestandenen Gehaltssätze in irgend einem Punkte hinausgegangen werden sollte.** (Lachen und Zurufe bei den Soz.: Erbschaftssteuer!) Hiermit ist das Schicksal der Vorlage in Ihrer Hand. (Lachen und Zurufe b. d. Soz.; lebhafte Rufe rechts: Ruhe!) Sollten Sie die gestern gefaßten, vom Bundesrat abgelehnten Beschlüsse aufrecht erhalten, **so würde das Besoldungsgesetz scheitern** und infolge von Meinungsverschiedenheiten, die nur einige Beamtenklassen betreffen, die Gesamtheit der von der Vorlage bedachten Beamten, Offiziere und Unteroffiziere der zahlreichen Verbesserungen verlustig gehen, die ihnen sowohl in den Gehältern als auch in den Wohnungsgeldzuschüssen von der Regierung gern zugewendet worden wären. Als irrig würde sich die Meinung erweisen, es wäre später für die Beamten mehr zu erreichen. Bei etwaiger Wiedereinbringung der Vorlage im nächsten Jahre werden weitere Zugeständnisse von der Regierung nicht zu erlangen sein. (Gelächter und Zurufe b. d. Soz.) Wohl aber würde die Rückwirkung der Vorlage bis zum 1. April 1908 dann nicht mehr in Frage kommen. (Hört, hört! rechts. Na, na! links.) Hiernach kann ich namens der verbündeten Regierungen nur noch einmal dringend empfehlen, im Interesse des Zustandekommens der Vorlage, besonders aber im Interesse der Beamten selbst auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse zu treten. (Beifall. Rufe bei den Soz.: Wo ist das Unannehmbar?)

Abg. **Spahn** (Ztr.):

Wir sehen uns jetzt vor die Frage gestellt, ob wir an den gestern gefaßten Beschlüssen festhalten wollen, oder ob wir wieder auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse zurücktreten wollen, nachdem der Bundesrat einen einhelligen Beschluß gefaßt hat und uns die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage zugeschoben werden würde. Nun müssen wir zugeben, daß die Besoldungsvorlagen, wie sie aus der Kommission herausgekommen sind, den verschiedenen Beamtenkategorien erhebliche Zuwendungen bringen. Nicht nur materiell werden die Beamten aufgebessert, auch ihre Stellung wird gesichert, in ihrem ganzen Beamtenverhältnis treten Verbesserungen ein. **Angesichts dieser Vorzüge glauben wir die Verantwortung nicht tragen zu sollen, daß diese Vorlage scheitert.** (Bewegung und Hört, hört! links.) Wenn auch die Ansprüche der einzelnen Kategorien nach den Kommissionsbeschlüssen nicht alle erfüllt werden, so wollen wir doch nicht nach der Erklärung des Staatssekretärs an den weitergehenden Anträgen festhalten, sondern werden uns mit dem bescheiden, was erreichbar ist. Die Vertreter des Postbeamtenverbandes haben gestern selbst erklärt, daß sie die Verantwortung nicht tragen wollen, daß das ganze Werk scheitert, nur weil die Postbeamten nicht voll befriedigt werden. (Hört, hört!) Wir stimmen daher der Vorlage in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse zu in der Ueberzeugung, daß sie zum Wohle der Beamten wirken wird, daß diese endlich aus der bisherigen Pumpwirtschaft herauskommen. Wir werden uns damit den Dank der Beamten erwerben. (Beifall.)

Abg. **Singer** (Soz.):

Herr Spahn hat lediglich eine Wahlrede gehalten. Es war uns klar, daß das Zentrum gegenüber dem „Unannehmbar" der Regierung umfallen wird. Wiederholt muß hier erklärt werden, daß es ein unparlamentarischer Akt ist, wenn die verbündeten Regierungen die Verantwortung für das eventuelle Scheitern der Beamtenbesoldungsvorlage den Reichstag zuschieben wollen. Würden die Mitglieder des Bundesrates vom Volke gewählt werden und würde jetzt eine Neuwahl stattfinden, dann würde kein einziges Bundesratsmitglied wieder gewählt werden. Wir halten nach wie vor das „Unannehmbar" der Regierung für eine leere Drohung, die uns nicht imponiert. Wir werden auch in der dritten Lesung für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen. Unsere Haltung wird im Volke verstanden werden, diejenigen, aber, die umfallen, sollen dem Volke bekanntgegeben werden. Deshalb beantrage ich namentliche Abstimmung über den Antrag Drösher. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.):

Die Frage der Verantwortung hat Herr Singer nicht ganz richtig dargelegt. Die Verantwortung vor dem Volke für das Scheitern des Gesetzes trägt zweifellos heute der Reichstag. (Widerspruch links, Sehr wahr! rechts und im Zentr.) Da die Postbeamtenversammlung gestern so sehr in die Debatte gezogen worden ist, möchte ich auch an ein Wort erinnern, das damals auf dieser Versammlung von einem Abgeordneten gesagt worden ist. „Wenn wir gewillt sind, die Fürsorge zu treffen, die den Beamten mit Recht zukommen soll, dann wird es auch für uns eine unbedingte Pflicht sein, daß wir dem Reich die Mittel gewähren. (Hört! Hört! im Zentr.) und es sollte mich außerordentlich freuen, wenn die Freunde des verehrten Herrn Vorredners dazu ihre Hand mit bieten würden." (Hört! Hört! im Zentr.) Der Vorredner war der Abg. Roeren, der mit seinen Freunden diese Pflicht in den letzten Wochen erfüllt hat und der Abgeordnete, der den Grundsatz der unbedingten Pflicht aufgestellt hat und der mitsamt seinen Freunden diese unbedingte Pflicht verletzt hat, war der nationalliberale Abg. Beck. (Hört! Hört! im Zentrum und rechts.) **Die Wünsche, die die Beamten uns gestern abend und heute morgen vorgetragen haben, können für den Reichstag nicht maßgebend sein. Aber es ist doch ein Zeichen von Vernunft der Beamten, wenn sie gestern abend und heute zu dem Entschluß gekommen sind, trotzdem, daß ihre Wünsche nicht ganz erfüllt sind, uns dringend zu bitten, jetzt unbedingt für die Vorlage zu stimmen.** Es sind nicht einzelne Vertreter von Beamten, sondern fast einstimmig kommen aus dem Vorstand und aus den Reihen der Bezirksvorsitzenden diese Wünsche. In Ihren (nach) links) eigenen Reihen sind die Herren ja gewesen und haben Sie gestern und heute darum gebeten, Ihren Widerstand aufzugeben. Also die Beamten sind vernünftig, vernünftiger als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0001

Sie. (Große Heiterkeit.) Das draußen im Lande einzelne Beamte, die die Verhältnisse nicht genau überschauen und vorläufig noch bös sein werden, wird ganz gewiß der Fall sein. Mit der Zeit wird aber unter den Beamten überall mehr die Ueberzeugung zum Ausdruck kommen, daß es sich bei Ihnen (nach links) lediglich um ganz gewöhnliche Demagogie handelt. (Große Unruhe, lebhafter Widerspruch links.)

Vizepräsident **Kämpf:**

Einem Teile des Hauses Demagogie vorzuwerfen, ist nicht zulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.):

Wenn ein Mitglied aus der Kommission um die Erfüllung der Forderungen bis zum letzten Augenblick gekämpft hat, dann glaube ich wohl sagen zu können, daß ich es mit einem anderen Mitgliede gewesen bin. (Zuruf links: Umgefallen!) Gerade deshalb darf ich für meine Freunde in Anspruch nehmen, daß uns bei unserer Zustimmung die Interessen des gesamten Beamtentums leiten und daß wir uns nicht leiten lassen von augenblicklichen Gedanken, die für die Wahlen hier und da in Betracht kommen. Man kann deshalb sagen, bei der Abstimmung wird auf der rechten Seite die Vernunft sein und auf der Linken die Unvernunft. (Heiterkeit und Beifall rechts, große Unruhe und Gelächter links.)

Vizepräsident **Kämpf:**

Einer Seite des Hauses Unvernunft vorzuwerfen, ist unzulässig, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.):

Da die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners vom Herrn Präsidenten als unparlamentarisch bezeichnet wurde, so will ich nicht weiter darauf eingehen. Die Vorwürfe gerade von dieser Seite sind unerhört, weil **gerade diese Herren zur Aufhetzung der Bevölkerung das Menschenmöglichste geleistet haben.** (Große Unruhe rechts, stürmischer Widerspruch. Abg. Werner (Rp.) ruft mit Stentorstimme: Herr Präsident, ist das zulässig? Erneute stürmische Unruhe. Besonders heftige Zwischenrufe werden von den Abgg. Graefe und Werner laut. Abg. Werner schlägt auf das Pult und ruft: Wir protestieren dagegen!)

Vizepräsident **Kämpf:**

Wenn der Redner den Ausdruck auf Mitglieder des Hauses bezogen hätte, hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.):

In der Erklärung der verbündeten Regierungen können wir **keinen Grund erkennen, unsere Stellung zu ändern.** Was der Schatzsekretär heute ausgeführt hat, war nicht neu, es war nur die Wiederholung der Gründe, die schon in der gestrigen Abstimmung uns vorgetragen wurden. Wir haben unsere Stellung gestern nach wohlerwogenen sachlichen Gründen eingenommen. Dabei spielen **irgendwelche Rücksichten auf die Wahlen** nicht mit, wie Herr Spahn gemeint hat. (Lachen rechts und im Zentr.) Gewiß würde es uns ganz angenehm sein, wenn wir **die Stimmen der Beamten** bei den Wahlen bekommen. (Unruhe und Gelächter rechts und im Zentr.) Wir würden gerne noch viel mehr Wählerkreise für uns haben; aber das kann uns in keiner Weise beeinflussen. (Lachen rechts und im Zentr.) Die Gründe, die uns heute leiten, haben uns im vorigen Jahre bereits geleitet, als die politischen Verhältnisse anders lagen. Damals haben wir denselben Standpunkt eingenommen und dieselbe Auffassung wie heute, und es ist nichts eingetreten, was die Berechtigung dieser unserer Auffassung irgendwie erschüttern könnte. Die **Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches** kann im gegenwärtigen Augenblick auch nicht ins Feld geführt werden. (Widerspruch rechts.) Hätten Sie beim Branntwein so wie wir es gewollt haben, statt 80 Millionen 100 Millionen bewilligt, dann würde es ausreichen, um die Differenz auszugleichen. (Beifall links, Unruhe rechts.) Die verbündeten Regierungen können nur die Rücksicht auf Preußen und andere Bundesstaaten anführen. Das mag vom Standpunkt der Regierung eine gewisse Berechtigung haben; für uns aber, die wir die sachliche Berechtigung der Forderungen seit Jahren anerkannt haben, kann das im gegenwärtigen Moment nicht von entscheidendem Einfluß sein. Wir halten an unserer Auffassung fest. (Beifall.)

Abg. **von Oldenburg** (kons.):

Wenn es nur auf die politische Taktik ankommen würde und nicht auf das Wohl der Beamten, dann würden wir Sie mit Ihren Anträgen hereinsausen lassen. (Heiterkeit.) Bisher war es nur der Sozialdemokratie vorbehalten, die Deckung zu versagen und unerfüllbare Anträge zu stellen. (Zustimmung rechts.) Jetzt hat auch die gesamte Linke diese Gewohnheit angenommen. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Aber Sie unterschätzen denn doch das Verständnis der Beamten für die Situation. Die Beamten werden sich sagen müssen, daß, wenn es auf die Herren von der Linken angekommen wäre, die verbündeten Regierungen nicht in der Lage wären, auch nur einen einzigen Pfennig ihnen Zulage zu geben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen links.) Wir haben es gestern abgelehnt, den weitergehenden Anträgen zuzustimmen, wir lehnen es auch heute ab. Wir werden den Versuch machen, die Kommissionsbeschlüsse wieder herzustellen. Wir haben unser Möglichstes getan, um für die Beamten zu erreichen, was zu erreichen möglich war. Wir übernehmen nicht die Verantwortung für das Zerstören der Hoffnungen, die die Beamten seit Jahren nach den Beschlüssen des Reichstages sich gemacht haben. (Sehr richtig! rechts.) Jeder muß doch einsehen, daß es für den Schatzsekretär ganz unmöglich ist, über die Beschlüsse der Kommission hinaus zu gehen. (Sehr richtig, rechts, Oho-Rufe links.) Jawohl, mit vieler Mühe haben wir den Bundesrat durch Aufbringung der Mittel ein wenig unabhängiger vom Reichstag gemacht, als bisher.

Kein Schatzsekretär kann es verantworten, neue Lasten aufzunehmen, ohne die Deckung dafür zu haben. Der Staatssekretär wird sich auch schwer hüten, wieder in **die alte Pumpwirtschaft** zurückzufallen. Sie darf nicht wiederkehren. Das zu verhindern, ist nicht nur Sache der Regierungen, sondern auch Sache des Reichstages. Im übrigen lehnen wir es ab, die Hoffnungen und Wünsche der Beamten zum Gegenstand einer **miserablen Wahlagitation** zu machen. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.)

Abg. **Bruhn** (Rfp.):

Es wäre gewissenlos von uns, wenn wir die Vorlage scheitern ließen.

Damit schließt die Diskussion. (Zurufe bei den Soz.: **Und die Nationalliberalen?)**

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird über den Antrag Dröscher auf Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse sofort abgestimmt. Die Abstimmung ist namentlich. Sie ergibt die Annahme des Antrages Dröscher mit 234 gegen 79 Stimmen bei 14 Stimmenenthaltungen (der Polen). Die Minderheit setzt sich aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und wenigen Nationalliberalen zusammen. Damit sind die Gehälter durchweg nach den Beschlüssen zweiter Lesung der Kommission festgesetzt. (U. a. Postschaffner 1100—1700 Mk., Postassistenten 1800—3300 Mk.) Die Besoldungsordnungen werden en bloc in dieser Fassung angenommen.

Abg. Dr. **Dröscher** (kons.)

beantragt **namentliche Abstimmung über das ganze Besoldungsgesetz.** Der Antrag wird auch von links unterstützt.

Für das Besoldungsgesetz werden 317 weiße Jazettel abgegeben, kein einziger Reinzettel, 18 blaue Enthaltungszettel der Polen.

Der Präsident stellt die **Resolution Bassermann-Beck** zur Abstimmung.

Staatssekretär des Reichspostamts **Kraetke:**

Nach der Resolution der Abgg. Bassermann und Beck soll der Reichskanzler ersucht werden, baldigst eine zweckentsprechende **Personalreform in der Post- und Telegraphenverwaltung** zur Durchführung zu bringen, nach der den Beamten der bisherigen **Assistentenklasse** in weiterem Maße als bisher der Zutritt zu den besser besoldeten Stellen der mittleren Beamten ermöglicht und die Uebertragung von einfachen Geschäften **an Unterbeamten in gehobenen Stellungen** ausgedehnt wird. Diese Resolution enthält zwei Sätze, die garnicht zu vereinbaren sind. Wie den Herren bekannt ist, ist die Reichspostverwaltung seit Jahren damit beschäftigt, die Beamtengeschäfte, die nicht so wichtig sind, an die gehobenen Unterbeamten zu übertragen und infolgedessen den Wünschen dieses hohen Hauses zu entsprechen, die Zahl der Beamten zu vermindern. Der erste Teil dieser Resolution enthält nun die Aufforderung, bessere Stellen in größerer Zahl zu schaffen. Bessere Stellen sind natürlich teurer und höher dotiert. Der erste Teil fordert uns auf, mehr Geld auszugeben, und der zweite Teil weniger. Das ist nicht zu vereinbaren. Den Herren ist bekannt, daß eine Personalreform im Gange ist, daß die Post versucht, billiger zu wirtschaften und die einfachen Geschäfte auf die gehobenen Unterbeamten zu übertragen. Es ist Ihnen auch bekannt, daß durch die Personalreform den mittleren Beamten die Aussicht, in die höheren Stellen einzurücken, zuteil geworden ist, daß alle, die das Examen machen, je nach der Zahl der Stellen die zur Verfügung stehen, avancieren können. **Mehr kann die Verwaltung nicht tun, wenn sie wirtschaftlich vorgehen will. Ich muß daher bitten, diese Resolution nicht anzunehmen.**

Abg. Dr. **Dröscher** (kons.):

Im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs weise ich darauf hin, daß bereits in diesem Frühjahr bei der Beratung des Postetats zwei Resolutionen angenommen worden sind, die im wesentlichen das bezwecken, was die nun vorliegende Resolution will, aber auf eine viel praktischere und wirksamere Weise. Die eine war von einem Mitglied des Zentrums, die andere von mir. (Heiterkeit.) Die zweite Resolution verlangt sogar genau dasselbe, wie der zweite Teil der vorliegenden, nämlich daß mehr als bisher Dienstverrichtungen einfacher Art gehobenen Unterbeamten überwiesen werden. Wir werden daher gegen die vorliegende Resolution stimmen, weil sie unnötig ist.

Abg. **Beck**-Heidelberg (nl.):

Mein Antrag geht viel weiter, ist viel umfassender, insbesondere gerade in der Richtung, in der wir durch die soeben getroffene Regelung der Besoldungen gewisse Wünsche der Beamtenkategorien nicht haben befriedigen können. Für die Auffassung, daß mein Antrag die Schaffung neuer Stellen will, bitte ich um eine grammatikalische Erklärung. (Sehr gut! links.) Nicht neue Stellen will er schaffen, sondern den Eintritt in die bestehende Assistentenklasse erleichtern und anderen Kategorien eröffnen. (Sehr wahr! links.) Auch der zweite Teil meines Antrages erhält einen anderen Sinn durch das Wort „Personalreform", auf das ich gerade in diesem Augenblick den größten Wert lege. Auch die „Köln. Volkszeitung" hat ja vor wenigen Tagen diesen Weg für gangbar erachtet, um der Assistentenklasse auf andere Weise eine gewisse Beruhigung und Befriedigung zu verschaffen. Ich bitte, der Resolution zuzustimmen.

Die Resolution wird gegen die Linke abgelehnt, die Resolution der Kommission angenommen.

Zur Geschäftsordnung:

Abg. **Bassermann** (nl.):

Wir stehen am Schlusse unserer Tagung. Große Anforderungen sind vor allem an die Leitung der Geschäfte des Hauses in ihr gestellt worden. Ich darf wohl im Namen des ganzen Hauses sprechen, wenn ich dem sehr verehrten **Herrn Präsidenten für seine gerechte, unparteiische, jeder Zeit von Wohlwollen getragene Leitung der Verhandlungen den herzlichsten Dank ausspreche.** (Lebhafter Beifall.)

Präsident Graf **Stolberg:**

Für den Dank, den mir der Abg. Bassermann ausgesprochen hat und in dem Sie eingestimmt haben, sage ich Ihnen meinerseits den aufrichtigsten Dank. Ich muß aber diesen Dank, den mir der Abg. Bassermann und mit ihm das Haus ausgesprochen haben, übertragen auf die Herren Vizepräsidenten, Schriftführer, Questoren und nicht zum wenigsten auf das Reichstagsbureau. (Sehr wahr!) Wir stehen am Ende einer der längsten und arbeitsreichsten Sessionen, welche der Reichstag bisher erlebt hat. Ich glaube, eine Anerkennung muß man uns allen zuteil werden lassen, nämlich die, daß wir es **an Fleiß nicht haben fehlen lassen.**

Ich erteile nunmehr dem **Stellvertreter des Reichskanzlers** das Wort.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:**

Ich habe dem hohen Hause eine Allerhöchste Botschaft kundzutun.

Das Haus erhebt sich, die Sozialdemokraten bleiben sitzen. (Zurufe rechts: Aufstehen! Abg. Fischer-Berlin (soz.): Das machen wir, wie wir wollen!)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser und König von Preußen, tuen kund und zu wissen, daß wir unseren Staatssekretär Staatsminister v. Bethmann-Hollweg ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung, die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 13. Juli dieses Jahres zu schließen. Gegeben urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrücktem Siegel zu Glücksburg an Bord S. M. S. Hohenzollern am 10. Juli 1909. Wilhelm I. R., gegengezeichnet Fürst von Bülow.

(Lachen und Zurufe bei den Soz.)

Ich habe die Ehre, die Urschrift der Allerhöchsten Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen. Auf Grund der mir von Seiner Majestät dem Kaiser und König erteilten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.

Präsident Graf **Stolberg:**

Wir aber trennen uns mit dem Rufe: Seiner Majestät der deutsche Kaiser, er lebe hoch, hoch, hoch! (Das Haus stimmt dreimal in den Ruf ein. Die Sozialdemokraten haben inzwischen den Saal verlassen. (Zuruf rechts: Jetzt ziehen sie ab!)

Präsident Graf **Stolberg:**

Ich schließe die Sitzung.
Schluß 3 Uhr.

Herr v. Heydebrand einst und jetzt.

D. E. K. In Herrn Heydebrands großer Reichstagsrede findet sich folgende Stelle:

„Wir haben die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums nicht nur für einen politischen Fehler gehalten, sondern wir sagen es auch offen, daß wir sie bedauert haben im Interesse des konfessionellen Friedens (Sehr richtig! rechts und im Zentrum) und der Vaterlandsliebe. Wir wissen wohl, die Macht der katholischen Kirche und derer, die ihr angehören, ist groß. Aber wir, die fast ausnahmslos Angehörige und treue Anhänger unserer evangelischen Kirche sind, wir denken groß genug von der Macht der evangelischen Kirche und der Freiheit, die ihr Palladium ist (Lachen links), ja, gewiß, meine Herren, — daß sie den geistigen Kampf auch mit der katholischen Kirche nicht zu scheuen hat. (Beifall rechts.) Aber was wir nicht wünschen, das ist — das sage ich ganz offen — eine zweite Auflage des Kulturkampfes. Das kann nicht zum Frieden dienen, nicht zum Frieden der Konfessionen, nicht zum Segen des Deutschen Reiches."

Der lebhafte Beifall, den diese Sätze auch im Zentrum fanden, kann nicht Wunder nehmen. Dabei hat niemand die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums je gefordert. Auch ist sie nie Tatsache geworden. Womit schließlich gebrochen werden mußte, war das System, daß in der Zentrumsherrschaft kirchenpolitische Forderungen gegen politische Bewilligungen aufgerechnet wurden. Auch Herr **v. Heydebrand** hat seinerzeit in der Debatte über die **Aufhebung des § 2** des Jesuitengesetzes als Sprecher **der Konservativen energisch** den Unwillen des evangelischen **Volkes zum Ausdruck gebracht und vor** weiterem Nachgeben **gewarnt. Und wenn in den** Dezembertagen von 1906 endlich die Reichsregierung Widerstand leistete, so hatte sie damals doch eben so sehr den Beifall der Konservativen wie der bürgerlichen Linken. Oft genug hat damals die konservative Presse die Legende zurückgewiesen, als handle die Regierung in der Zurückweisung jener ultramontanen Machtansprüche aus konfessionellen Motiven. Dasselbe geschah in den beiden Jahren des Blocks.

Wenn Herr v. Heydebrand weiter ausführte, daß die evangelische Kirche den geistigen Kampf mit Rom nicht zu scheuen brauche, so ist das richtig. Aber er schien anzudeuten, daß in diesem geistigen Kampf die Waffen gleich sind und daß es weiter nichts abzuwehren gelte, als einen Kulturkampf gegen die katholische Kirche. Nun ist niemand im ganzen Reichstage, der diesen führen will, wohl aber gibt es eine Fraktion auf rein konfessioneller Grundlage, das Zentrum samt seinen Anhängern, den Polen, die seit vielen Jahren einen Kulturkampf mit verkehrter Front, um das Wort des konservativen Abgeordneten Henning zu gebrauchen, führen. Der Toleranzantrag verlangt, daß die zum guten Teil auf Kriegführung, Ketzerbekehrung und -verfolgung zugeschnittene katholische Kirche für sich und ihre Organisationen, für alle ihre jetzigen und künftigen Gebräuche und Ansprüche volle Freiheit habe, ohne daß der Staat auch nur ein letztes Restchen Kirchenhoheit behalten soll. Um dies durchzusetzen, kämpft Rom mit Hilfe des Zentrums einen politischen Kampf gegen Wittenberg; jede Abwehr aber, ja selbst jedes positiv evangelische Bekenntnis steht ständig in Gefahr in Deutschland von dem Zentrum und seiner Presse als konfessionelle Friedensstörung verdächtigt zu werden. Man mag's und kann's nicht glauben, daß ein evangelischer Führer der Konservativen von alledem nichts wissen sollte. Wär's aber seine wahre Meinung, hätte er kein Verständnis für die wahre Lage der Dinge, glaubte er an eine Sättigung des ultramontanen Machthungers, ohne daß Staat und evangelische Kirche die Zeche zu bezahlen brauchten, dann könnten auch seine Worte, daß keine Vorherrschaft des Zentrums drohe, keine Beruhigung schaffen.

Der Block-Reichstag des Fürsten Bülow war in jeder Beziehung ein Reichstag des konfessionellen Friedens; das Zentrum hat nicht einmal gewagt, seine „Herzensangelegenheiten" in ihm durchzusetzen. Im Interesse des konfessionellen Friedens wäre darum allein zu bedauern, wenn nun die alten konfessionellen Kämpfe, von denen das Zentrum lebt, wieder ausbrechen sollten.

Die neue Frau Reichskanzler?

Nach Mitteilung des „Berl. Tgbl." hat Frau v. Bethmann-Hollweg Dienstag vormittag in Begleitung der Fürstin Bülow und mehrerer Herren die Räume des Reichskanzlerpalais eingehend besichtigt. Die Fürstin und der Hausinspektor, der die Führung übernommen hatte, geleiteten Frau v. Bethmann-Hollweg auch zu den Dienerwohnungen und den Ställen. „Frau v. Bethmann-Hollweg (so bemerkt das Blatt) schien sich für die Verteilung der Räume und die Einrichtung des Kanzlerpalais lebhaft zu interessieren.

Rücktritt des Herrn v. Loebell.

Mit dem Fürsten Bülow tritt, nach derselben Quelle, auch der jetzige Chef der Reichskanzlei, Herr v. Loebell, zurück. Herr v. Loebell wird vermutlich in den preußischen Staatsdienst übertreten.

Es ist bekannt, daß Herr v. Loebell während der ganzen Blockära und besonders auch in den letzten Wochen eine wichtige Rolle gespielt hat. Er war der ständige Begleiter und der Sendbote des Fürsten Bülow und überbrachte den Parteiführern im Reichstage die Wünsche und Ratschläge des Reichskanzlers. Als Fürst Bülow jüngst aus Kiel zurückkehrte, fuhr ihm Herr v. Loebell bis Wittenberge entgegen. Man konnte voraussehen, daß dieses treue Faktotum nach dem Scheiden des Fürsten nicht in der Wilhelmstraße bleiben würde.

Fürst von Bülow und die Landwirtschaft.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf von Schwerin-Löwitz hatte an den Reichskanzler Fürsten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0002

v. Bülow ein Telegramm gerichtet, worin er den Kanzler der unvergänglichen und ungeteilten Dankbarkeit aller deutschen Landwirte versicherte. Fürst v. Bülow hat darauf folgendes geantwortet:

„Für Ihr freundliches Telegramm bitte ich Sie, meinen herzlichen Dank entgegenzunehmen und diesen Dank dem Deutschen Landwirtschaftsrat übermitteln zu wollen. Was meine Politik für die Landwirtschaft wie überhaupt für den Schutz der nationalen Arbeit erstrebt und erreicht hat, das wird nach meiner Ueberzeugung nicht den Interessen einzelner Erwerbsstände, sondern der ganzen deutschen Volkswirtschaft dienen. Um dieser Politik die Stetigkeit zu sichern, die nötig ist, um ihre Früchte reifen zu lassen, habe ich mich bemüht, in ihr das rechte Maß innezuhalten und Uebertreibungen zu vermeiden. Gerade deswegen kann ich mich des Dankes, den Sie verehrter Graf, mir namens der deutschen Landwirtschaft aussprechen, aufrichtig freuen und mich der Hoffnung hingeben, daß die unter Führung des großen ersten Kanzlers beschrittene wirtschaftliche Bahn noch lange von den gesetzgebenden Faktoren des Reiches innegehalten werden kann und wird.

Reichskanzler Fürst Bülow."

*

Eine englische Stimme zu Bülows Rücktritt.

Der „Daily Telegraph" bespricht das Ende des Bülowschen Regimes in einem Leitartikel, in dem die ganze europäische Politik der letzten zehn Jahre und mehr Revue passieren.

„Des Fürsten Bülow Abschied", sagt das Blatt, „kommt in einem Augenblick der Ruhe. Die auswärtige Politik kann nicht davon berührt werden, aber seine Bedeutung bezüglich der inneren Angelegenheiten Deutschlands gestaltet ihn zu einem der interessantesten Ereignisse seit dem Falle Bismarcks. Zwei Umstände treten ganz besonders scharf hervor, erstens, daß, obwohl die ganze Welt seit Wochen von Bülows Rücktritt sprach, dieser doch nicht die Spur von Erregung hervorruft, und zweitens, daß sein Abgang mit ebensoviel Enttäuschungen für ihn wie für andere begleitet ist." Das Blatt zählt dann alle politischen Ereignisse auf, in denen Fürst Bülows Mitwirkung als wahrscheinlich erachtet worden sei, meint aber, daß es sehr schwer sei, festzustellen, ob der Fürst selbstätig mitgewirkt habe oder nur die Politik des Kaisers ausgeführt habe. Aber man werde doch wohl in der Geschichte von ihm lesen, daß er seinem Lande gut gedient habe. Wer auch immer sein Nachfolger werde, des Kaisers persönliche Initiative werde doch ausschlaggebend für die Ereignisse in Deutschland bleiben.

Deutsches Reich.

Nieberdings goldenes Jubiläum.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Wirkliche Geheime Rat Dr. Nieberding beging am 12. d. Mts. das fünfzigjährige Jubiläum seines Eintritts in den Staatsdienst.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat an Dr. Nieberding folgendes Telegramm gerichtet:

„In aufrichtiger Verehrung gedenke ich Euerer Exzellenz am heutigen Tage, an dem sich ein halbes Jahrhundert seit Ihrem Eintritt in den Staatsdienst vollendet. Schwere Arbeit schließt dieser Zeitraum ein, aber auch reichen Erfolg. Denn für immer wird der Name Euerer Exzellenz verknüpft sein mit dem großen Werke, das dem deutschen Volke die Einheit seines bürgerlichen Rechts brachte. Möge Euerer Exzellenz bewährte Kraft noch lange dem Reichsdienst erhalten bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow."

Die Sünder in der Beamtenbewegung.

Wie der „Vorwärts" zu berichten weiß, ist nunmehr das Disziplinarverfahren, das gegen einige Beamte „wegen besonders verletzender Aeußerungen" eingeleitet wurde, die auf Beamtenversammlungen gegen die Regierung und das Parlament gefallen waren, zum Abschlusse gelangt.

Verschiedene Redner erhielten geringe Disziplinarstrafen, die schwerste Strafe stellte eine Geldstrafe von 50 Mark dar, die über den Oberpostsekretär Caspary verhängt wurde.

Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Eine interessante Entscheidung ist im soeben erschienenen 70. Bande der E. des R.G. über die Frage gebracht, ob der Ehemann für Schädigungen haftpflichtig ist, die seine Ehefrau in einem Anfalle von Geistesstörung verübt.

In dem Prozesse hatte die geisteskranke Ehefrau des Beklagten ein im Haushalt bedienstetes Mädchen mit einem Brotmesser verletzt, und die Verletzte klagte gegen den Ehemann auf Schadensersatz. Die beiden ersten Instanzen hatten die Klage gegen ihn abgewiesen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, da eine gesetzliche Grundlage für die Schadenshaftung des Ehemannes nicht gegeben sei. Insbesondere komme § 832 Abs. 1 B.G.B. nicht zur Anwendung, weil der Ehemann kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über seine Ehefrau nicht verpflichtet ist. Die Ehefrau steht weder unter der Gewalt noch unter der Vormundschaft des Ehemannes.

Das Reichsgericht hat die Urteile aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Es bestätigt zwar die Rechtsauffassung, daß § 832 Abs. 1 B.G.B. keine Anwendung findet. Es leitet aber die Haftpflicht des Ehemannes aus den §§ 276 und 827 B.G.B. her, wonach jemand, der vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit usw. eines anderen widerrechtlich verletzt, dem anderen zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet ist; fahrlässig handelt aber derjenige, der die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt.

Auf Grund dieser allgemeinen Gesetzesvorschriften konstruiert das Reichsgericht die Rechtspflicht des Ehemannes zur Fürsorge für seine nicht zurechnungsfähige Ehefrau im Interesse dritter Personen. Er verstößt nach Meinung des Reichsgerichts gegen die ihm Dritten gegenüber obliegende Verkehrspflicht, wenn er die Geisteskrankheit seiner Frau kennt und anstatt sie in eine Heilanstalt unterzubringen, in der ehelichen Wohnung behält, ohne dafür zu sorgen, daß sie gehörig beaufsichtigt wird, so daß sie sich in Besitz von Messern und sonstigen gefährlichen Werkzeugen setzen und andere damit verletzen kann.

Diese Entscheidung beweist wieder einmal, wie bedenklich und für die Fortentwickelung des Rechts hinderlich der neuerdings angeregte Vorschlag derer ist, **die im Interesse der Entlastung des Reichsgerichts überall dann die Revision ausschließen wollen, wenn zwei übereinstimmende Urteile der beiden Vorinstanzen vorliegen.**

Rechtsanwalt Riecke in Halle a. S.

Erneuerung von Kupon- und Dividendenbogen.

Die Effektenbesitzer sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie wegen der bereits am 1. August d. J. in Kraft tretenden Talonsteuer ohne Verzug ihre Wertpapiere daraufhin kontrollieren, ob nicht die anhängenden Kupons bereits fällig geworden sind und die Einreichung der Talons zur Erhebung der neuen Bogen zu geschehen hat. In letzterem Falle ist natürlich die sofortige Beschaffung der neuen Kuponbogen ins Werk zu setzen, da nach dem 31. Juli die Steuerbelastung eintritt. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß zahlreiche Gesellschaften bereits vor Fälligwerden des letzten noch vorhandenen Kupons die Aushändigung der neuen Kuponbogen bewerkstelligen.

Behufs Besprechung der Ausführungsbestimmungen des Talongesetzes fand am Montag in Berlin eine Konferenz der Großbanken und hervorragenden Bankfirmen statt, die vom Staatskommissar der Berliner Börse, Geheimrat Goeppert, einberufen war. Die Schwierigkeiten, die die Ausführung des Gesetzes bietet, ließen noch keine Klärung der Materie zu, und es werden die betreffenden Besprechungen Mittwoch und eventuell auch noch weiter fortgesetzt werden.

Die Dreibundfürsten.

Wie in Berliner politischen Kreisen bekannt wird, sondiert man in diplomatischen und höfischen Kreisen in diskreter Form, um eine Zusammenkunft zwischen König Viktor Emanuel und Kaiser Franz Josef, während dessen Anwesenheit in Bregenz zu ermöglichen.

Am deutschen Hofe werde die Realisierung dieses Planes lebhaft betrieben, da Kaiser Wilhelm die Anregung zu dieser Monarchenbegegnung gegeben haben soll.

Einschränkung der Dienstreisen.

Ueber die Reisetätigkeit der Beamten hat auch der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einen Erlaß an sämtliche Dienststellen seines ganzen Bereiches gerichtet, der den Zweck hat, die Dienstreisen zu beschränken.

Die allgemeinen Ausführungen entsprechen zum größeren Teile ähnlichen Verfügungen der anderen Zentralstellen.

Die Reisetätigkeit der Beamten, heißt es darin, hat in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, der vielfach über das Maß des Notwendigen hinausgeht und zu einer nicht zu rechtfertigenden Belastung und vorzeitigen Erschöpfung der zur Bestreitung von Dienstreisen bestimmten Fonds geführt hat. Reisen, die im wesentlichen nur einen repräsentativen Charakter haben, sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Bei der Anordnung von Dienstreisen ist in möglichst zweckmäßiger Weise zu verfahren. Die Zahl der teilnehmenden Beamten soll möglichst beschränkt werden.

Zum Schluß führt der Minister aus, daß die Ausgestaltung der Dienstreisen in erster Reihe Sache des dienstlichen Taktes und daher der Nachprüfung durch die höhere Instanz bis zu einem gewissen Grade entzogen ist. Um so mehr müsse er vertrauen, daß es gelingen wird, die Reisetätigkeit der Beamten auf das im dienstlichen Interesse wirklich erforderliche Maß zu beschränken, und daß die Beamten selbst nach den Anordnungen des Erlasses verfahren werden.

Finanzielle Vorsorge.

Der württembergische Finanzminister erklärte in der Finanzkommission der zweiten württembergischen Kammer unter Hinweis auf die Reichsfinanzreform, daß er in allernächster Zeit einen Gesetzentwurf betreffend Erhöhung der Malzsteuer (Biersteuer) einbringen werde.

Weiter mahnte der Finanzminister, eine möglichst vorsichtige Aufstellung des Etats vorzunehmen, in dem er auf die zu erwartende schlechte Ernte und auf den Mangel an Anzeichen für eine Besserung der industriellen Verhältnisse hinwies. In Verfolg dieser Ermahnungen wurden bei den Einnahmen aus der Umsatzsteuer 100 000 Mark abgestrichen, bei der Malzsteuer wurde der Ertrag um 900 000 Mark herabgesetzt.

Ausland.

Spanien wird energisch.

§ Das angekündigte aggressive Vorgehen der Spanier in Nordmarokko wegen der Ermordung spanischer Minenarbeiter macht sich immer mehr bemerkbar. Die Spanier haben zunächst einen Teil der Küste südwestlich von Melilla beschossen, wohl hauptsächlich, um die in der Umgegend der spanischen Besitzungen wohnenden Eingeborenen, auf die der Donner der Schiffsgeschütze und die platzenden Granaten besonderen Eindruck machen, zunächst einzuschüchtern. Es wird gemeldet:

San Sebastian, 13. Juli. Die von hiesigen Agenturen verbreitete Meldung von einem neuen Angriff der Kabylen und dem Tod weiterer dreißig Spanier bei Melilla wird amtlich dementiert. Man erfährt, daß bei dem ersten Angriff nicht vier, sondern sechs spanische Arbeiter getötet worden sind. Die maurischen Arbeiter machten gemeinschaftliche Sache mit den Angreifern, um ihr eigenes Leben zu retten. Die Verluste der Mauren sollen 100 Tote und 400 Verwundete betragen. Die Lage in Melilla ist andauernd bedenklich. General Marina erwartet ungeduldig Verstärkungen, deren Ankunft durch Stürme verzögert wird. Das Kanonenboot „Maria de Molina" bombardierte die Küste 24 Kilometer südwestlich von Melilla und schleuderte 212 Granaten gegen die Wohnungen am Kert-Fluß. Die Kabylen beschossen ein spanisches Boot und verwundeten einen Seekadetten. In Barcelona finden große Protestversammlungen der Republikaner und Sozialisten gegen den Krieg statt.

Die Nationalisten in Teheran.

Noch ist Teheran nicht in allen seinen Teilen im Besitz der Nationalisten, doch kann es wohl kaum bezweifelt werden, daß binnen kurzem die Gegner des Schahs vollkommen Herren der Stadt sein werden, falls nicht noch im letzten Augenblick unvermutete Eingriffe eintreten. Schon ist der nördliche Teil der Stadt vollständig in den Händen der Nationalisten, die in ihm patrouillieren und ausgezeichnet Ordnung halten. Sipadar und Sardar Assad halten das Metschlis besetzt. Viele Mannschaften von den Kasaken des Schahs sind zu den Nationalisten übergegangen. Wie man annimmt, beabsichtigen die Nationalisten, bald in voller Stärke das Stadtviertel anzugreifen, das von den Kasaken besetzt ist. Die Bevölkerung ist enthusiastisch und ermutigt die Nationalisten. In der Nähe der englischen Gesandtschaft wurde gestern früh scharfes Gewehrfeuer vernommen. Die Nationalisten haben wenig Verluste zu verzeichnen.

Ueber die von Rußland nach Persien entsandten Verstärkungen berichtet folgendes Telegramm:

Petersburg, 13. Juli. Der letzte russische Truppentransport nach Persien ist am 9. Juli abgegangen. Er besteht aus 450 Kasaken, 15 Offizieren, 500 Pferden, 25 Munitionswagen, 1 Batterie, ferner aus 4 Offizieren und 150 Mann Artillerie und einem Schützenbataillon, bestehend aus 1100 Mann und 20 Offizieren.

Krieg in Südamerika.

= Die Angriffe der Bolivianer auf die Argentinier und Peruaner mehren sich und werden heftiger. Die Regierung ist machtlos; vielleicht will sie auch nicht gegen das Volk auftreten, denn sie ist wie dieses der Ansicht, daß Bolivien durch den Schiedsspruch Argentiniens gegenüber Peru in Nachteil gesetzt worden sei. Die Lage hat sich mittlerweile so zugespitzt, daß **kriegerische Verwickelungen** zu erwarten sind. Ein Telegramm besagt:

London, 13. Juli. In La Paz nehmen die Plünderungen zu. Man befürchtet, daß die Polizei und das Militär mit dem Volke gemeinsame Sache machen werden. Die Regierung Boliviens erkannte den Schiedsspruch Argentiniens nicht an.

Aus Buenos Aires wird gemeldet, das Kabinett habe den argentinischen Gesandten angewiesen, zurückzukehren, falls er nicht sofort Genugtuung wegen der feindlichen Kundgebungen gegen Argentinien erhalte. — Auch Chile wird aufmerksam. Seine Regierung bereitet die Entsendung von Kriegsschiffen vor zum Schutz der chilenischen Interessen im Falle eines Konfliktes zwischen Peru und Bolivien.

Zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England.

(Lord Roberts redete.)

+ Lord Roberts' erklärte im englischen Oberhause gelegentlich seines Antrages, die Vorlage für die allgemeine Wehrpflicht zur zweiten Lesung zuzulassen, folgendes:

„Unser gegenwärtiges militärisches System ist ein Hazardspiel mit der Sicherheit des Landes. Unsere militärische Stärke sollte nur nach den Zahlen derer bemessen werden, die unsere Soldaten möglicherweise werden bekämpfen müssen. Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir unsere nationale Vernichtung heraufbeschwören — wie die Dinge jetzt liegen — sollten wir auch nur temporär die Oberherrschaft zur See einbüßen. 1809 standen nur 3000 Mann weniger unter Waffen als heute. Aber heute ist die Gefahr unendlich größer. Ich würde meine Pflicht König und Vaterland gegenüber schlecht erfüllen, wollte ich dazu schweigen."

Nach Lord Roberts' Plan sollen jährlich 150 000 Rekruten ausgehoben und einexerziert werden. Die Dienstpflicht soll sich auf alle jungen Männer zwischen 18 und 30 Jahren erstrecken. Die Dienstzeit soll vier Jahre währen. Lord Roberts glaubt die Kosten mit vier bis fünf Millionen Pfund jährlich decken zu können, während das Kriegsministerium ihm über zwölf Millionen vorrechnet. Die Abstimmung über den Antrag dürfte morgen erfolgen.

Unruhen im schottischen Bergbaurevier.

+ Der Verband der schottischen Bergleute beschloß den Streik, an dem etwa 900 000 in Kohlenbergwerken Englands beschäftigte Arbeiter teilnehmen werden, um die Reduzierung der Löhne von sechs Schilling auf fünfeinhalb Schilling zu bekämpfen. Die Eigentümer der schottischen Minen, die mit dieser Lohnverkürzung begonnen haben, behaupten, daß sie durch die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu dieser Verkürzung gezwungen seien. Sie haben insolgedessen 118 000 ihrer Arbeiter auf den 26. Juli gekündigt. Donnerstag tritt nun in London die National Miners Federation zusammen, um zu beraten, ob den Wünschen der schottischen Kameraden nachgegeben und der Sympathiestreik im ganzen Lande erklärt werden soll. Vor etwa 14 Tagen war die Föderation in genau derselben Lage, als die Kohlengräber von Wales den Sympathiestreik verlangten, der noch im letzten Moment abgewendet werden konnte.

Kleine Tagesnachrichten.

— Von den österreichischen Kaisermanövern. Wie tschechische Blätter melden, habe der Bezirkshauptmann von Groß-Meseritsch der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß an den diesjährigen Kaisermanövern möglicherweise außer Kaiser Wilhelm auch Zar Nikolaus und König Eduard teilnehmen würden. Die Stadtkapelle habe den Auftrag erhalten, die Nationalhymnen der betreffenden Staaten einzuüben.

— Freiherr v. d. Goltz begab sich unmittelbar nach seiner Ankunft in Konstantinopel ins Kriegsministerium, wo er von dem Kriegsminister und mehreren Generalen empfangen wurde. Später stattete er dem Generalissimus, dem Großwesir und mehreren Ministern Besuche ab.

— Das türkische Geschwader ist nach dem Marmarameer ausgelaufen. Das Ziel ist angeblich Saloniki.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0003

— **Von den russischen Polizeiskandalen.** Blat, Unterdirektor der russischen Geheimpolizei in Paris, bezeichnet Burzews Behauptung, diese sange Briefe auf, für falsch. Burzew sei mystifiziert worden. Jetzt behauptet dieser, es gebe außer der offiziellen russischen Geheimpolizei in Paris noch eine sogen. fliegende, die aus Polizisten bestehe, die extra mit besonderem Auftrage nach Paris gesandt würden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 14. Juli.

Amtsantritt des neuen Regierungspräsidenten.

Im Amtsblatt der Königlichen Regierung in Merseburg gibt der neue Regierungspräsident, Geheimer Oberregierungsrat von Eisenhart-Rothe, seinen Amtsantritt mit folgenden Worten bekannt:

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Allergnädigst geruht haben, mich zum Präsidenten der Königlichen Regierung in Merseburg zu ernennen, habe ich mein neues Amt heute angetreten. Alle Behörden, Beamten und Eingesessenen des Bezirks bitte ich, mir mit Vertrauen und Wohlwollen entgegenzukommen; ich meinerseits werde bestrebt sein, mich des mir geschenkten Vertrauens würdig zu zeigen und meiner neuen Heimat in dem mir übertragenen Wirkungskreise nach Kräften zu dienen.

Merseburg, den 1. Juli 1909.

Der Königliche Regierungspräsident.
von Eisenhart.

Erweiterung der Poliklinik für Hautkrankheiten.

Die Universitätspoliklinik für Hautkrankheiten (Direktor Professor Dr. Erich Hoffmann) hat durch Hinzunahme des ersten Stockwerks des Hauses Magdeburgerstr. 28 eine bedeutende Vergrößerung erfahren und ist den modernen Anforderungen der Hygiene entsprechend neu eingerichtet worden.

Außer getrennten Warte- und Behandlungszimmern für Männer einer- und Frauen und Kinder andererseits sind mehrere Räume für Licht- und Röntgenbehandlung sowie ein Laboratorium für wissenschaftliche Untersuchungen geschaffen worden. Besonderer Wert wurde auf die Ausstattung mit allen modernen Mitteln zur frühzeitigen sicheren Erkennung der ansteckenden Haut- und Geschlechtskrankheiten, speziell der Syphilis, gelegt, da hiervon die wirksame Bekämpfung der weiteren Verschleppung in erster Linie abhängt.

Die Sprechstunde findet wie bisher für unbemittelte Kranke von 11 bis 1 Uhr statt; Untersuchung und Behandlung geschehen unentgeltlich.

Der Ballon „Halle"

stieg gestern früh 8 Uhr in Bitterfeld auf und landete um 3 Uhr nach glücklicher Fahrt in Baernsdorf in Böhmen.

An der Lateinischen Hauptschule der Frankeschen Stiftungen ist dem Oberlehrer Dr. Ritter vom Gymnasium in Nordhausen vom 1. Oktober ab eine Oberlehrerstelle nunmehr definitiv übertragen worden.

Personalnachrichten. Der Bureauassistent bei der Verwaltung der klinischen Anstalten der hiesigen Universität Karl Marx ist unter Versetzung zur Universität Greifswald zum Verwaltungssekretär, der Bureauhilfsarbeiter im Universitätskuratorium Max Sielaff und der Bureauhilfsarbeiter an der Psychiatrischen und Nervenklinik Kurt Theile zu Bureau-Assistenten ernannt worden.

Der Akademische Missionsverein hat für heute abend 8¾ Uhr im Auditorium maximum der Universität eine allgemeine Studenten-Missionsversammlung einberufen. Missionsinspektor Wilde-Berlin wird sprechen über das Thema: „Für oder wider die Mission? — Eine Entscheidungsfrage für das deutsche Volk im 20. Jahrhundert". — Bei dem wachsenden Interesse unseres Volkes für seine Weltstellung spielt die Beurteilung der Mission in der öffentlichen Meinung eine interessante Rolle. Das „Für oder wider?" beschäftigt natürlich in erster Linie den Handel und die Kolonialpolitik; doch ist die Frage auch sonst des öfteren in der Oeffentlichkeit besprochen worden. Die Versammlung heute abend gibt allen Studierenden und akademisch Gebildeten Gelegenheit, zur Sache Stellung zu nehmen.

Provinzial-Nachrichten.

Kein Aufstieg des „Parseval".

+ **Bitterfeld**, 13. Juli. (Privattelegramm.) Der Aufstieg des Parsevalballons zur Fahrt nach Frankfurt a. M. konnte wegen der ungünstigen Witterung auch heute nicht stattfinden. Die Luftreise, die den Ballon voraussichtlich über Halle führen wird, soll erst angetreten werden, wenn gutes Wetter herrscht.

Gefährliches Spielzeug.

Nordhausen, 13. Juli. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag nachmittag vor dem Hause Hagenstraße 23. Die beiden 7-und 9jährigen Söhne des Gastwirts Wilhelm Körber in Lipprechterode, die bei ihren Großeltern in der Hagenstraße hier sich besuchsweise aufhielten, machten sich damit zu schaffen, eine gefüllte Patrone, die sie gefunden haben wollen, zu zerschlagen. Mit einem donnerähnlichen Knall kam plötzlich die Patrone zum Explodieren, die beiden Jungen beiseite schleudernd.

Während der ältere Knabe nicht unerhebliche Verletzungen an den Händen davontrug, traf dem jüngeren der Schuß direkt vor den Kopf. Schwer verletzt mußten die beiden Knaben sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Dr. Specht-Stiftung.

Gotha, 11. Juli. Der hier vor einiger Zeit verstorbene Schriftsteller Dr. Specht, der Herausgeber des „Menschentum", hat sein nicht unbedeutendes Vermögen testamentarisch dazu benutzt, eine Stiftung ins Leben zu rufen, die ihren Sitz in Gotha hat. Ihr Zweck ist, Autoren von literarisch oder wissenschaftlich hervorragenden Werken freier Geistesrichtung zu unterstützen oder die Verbreitung ihrer Werke zu ermöglichen. Sie hat den Namen Dr. August Specht-Stiftung, Testamentsvollstrecker ist Rechtsanwalt Dr. Gutmann in Gotha. Mehrere dem Stifter geistesverwandte Schriftsteller haben ihren Eintritt in das Kuratorium zugesagt. Der Zinsertrag beträgt jährlich mehrere tausend Mark.

Interessant ist es, daß der Grundstock zu dem Vermögen des von Haus aus unbemittelten Schriftstellers dadurch geschaffen wurde, daß ein thüringischer Bauer, dem die Schriften Spechts gefielen, diesen zum Universalerben einsetzte.

? **Burgörner**, 12. Juli. (Explosion.) In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf Kupfer-Kammer-Rohhütte an Ofen 3 ein Durchbruch. Die flüssigen Massen ergossen sich in den Kühlwasserkanal, wodurch es zu Knallgasbildung und einer Explosion kam. Die Hüttenleute Friedr. Michael und Karl Meinhardt von Hettstedt erlitten durch die umherfliegenden Brocken Verletzungen und mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

)—(**Weißenfels**, 13. Juli. (Zu der Mordsache Caroli) ist zu berichten: Gestern nachmittag fand die gerichtliche Leichenschau und Obduktion der Leiche statt. Um 2 Uhr wurde der Mörder nach der Leichenhalle, geschlossen und von drei Polizeibeamten begleitet, geführt. Dort angekommen, wurde er der Leiche gegenübergestellt; er erschien sehr gleichgültig und zeigte keine Spur von Reue. Als er wieder fortgeführt wurde, wollte er die Leiche küssen, was ihm nicht gestattet wurde. Die äußere Besichtigung ergab, daß die Tote, außer den bereits gemeldeten, noch 13 Stiche im Rücken und einen in der linken Seite hatte, von denen zwei tödlich waren; außerdem hatte sie zwei schwere Verletzungen in beiden Händen.

! **Eisleben**, 13. Juli. (Aus dem Zuge gestürzt.) In einem Abteil der 4. Klasse des Personenzuges, der kurz vor 12 Uhr nachts von Sangerhausen nach hier abfährt, entspann sich am Sonntag unter einigen Fahrgästen ein Streit, der zu Tätlichkeiten ausartete. Im Verlaufe des Streites erhielt der Bergmann Freiberg aus Wolferode einen solchen Stoß, daß er gegen die nach der Seite führende Tür des Abteils fiel. Die Tür flog auf und Fr. stürzte aus dem Zuge heraus. Durch einen Fahrgast des Nebenabteils wurde die Notleine gezogen, wodurch der Zug zum Stehen gebracht wurde. Im selben Augenblick verließen die streitenden Personen, ein Mann und eine Frau, durch die der Unfall herbeigeführt war, den Zug und verschwanden. Der Zug fuhr darauf bis zur Unfallstelle zurück, woselbst der Hinausgefallene aufgehoben und in den Zug getragen wurde. Er ist bis auf den Bahnhof nach hier mitgenommen und nachdem in das Knappschaftskrankenhaus geschafft worden.

÷ **Helfta**, 12. Juli. (Haltestelle.) Nun sollen die Wünsche unserer Einwohnerschaft, an der Bahnlinie Eisleben—Halle eine Haltestelle zu erhalten, in Erfüllung gehen. Geplant ist, die Haltestelle am Hermannsschachte zu errichten.

Vermischtes.

„Bülows Abgang."

In der Münchener „Jugend" äußert sich „Leutnant v. Verseiwitz" in seinem „lyrischen Tagebuch" über den Rücktritt des Reichskanzlers mit anerkennendem Bedauern wie folgt:

Rücktritt von Bülow — mir doch sehr leid!
Schätzt' ihn in hohem Grade:
Fraglos doch Kanzler von Zeist un Schneid,
Last not least: Kamerade!

Nich so genial wie Bismarck. Nein!
Aber im Grunde mir lieber:
Nich überhebend zu Unserein'
Auch ihm jesellschaftlich über!

Riesenjedächtnis! Is ja bekannt:
Konnte Jottweißwen zitieren — — —
Kurzum, in allem mir jeistverwandt:
Traure drum, daß ihn verlieren.

Unwetter in den Alpen.

Regengüsse und Schneefälle dauern in Süddeutschland sowie in den Tiroler und Schweizer Alpen noch immer an und haben auch schon Störungen des Eisenbahnverkehrs verursacht. Aus allen Teilen der Schweiz werden fortwährend Hochwasser gemeldet, namentlich der Rhein ist längs der österreichisch-schweizerischen Grenze über die Ufer getreten und hat große Gebiete unter Wasser gesetzt. In den Vorralpen schneit es unaufhörlich bis auf 1400 Meter hinunter. Auf dem Säntis liegt der Schnee 2 Meter hoch; seit Menschengedenken haben um diese Zeit nie solche Schneemassen gelegen. Davos, Andermatt und andere bekannte Winterkurorte melden

Schneesportwetter im Hochsommer.

Bei Lochau gingen mehrere Lawinen nieder. Einige Ortschaften in Vorarlberg sind überschwemmt. Bei Doren ist die Bregenzer Waldbahn überschwemmt. Dort ging ein Erdrutsch nieder, so daß der Verkehr unterbrochen ist. Bei Madonna di Campiglio blieb ein deutsches Automobil im Schnee stecken. In Vilnoes schlug der Blitz in eine Kirche, zerstörte mehrere Bilder und richtete großen Schaden an.

Auch zwischen Tutzing und Bernried am Starnberger See verursachten Regengüsse einen Dammrutsch, durch den die Bahnstrecke München—Kochel gesperrt ist. Doch läßt jetzt in Bayern der Regen und damit die Hochwassergefahr nach.

In der Gegend von Toulouse und in den Departements am Oberlauf der Garonne herrscht seit einigen Tagen Winterkälte. Gestern fiel dort Schnee, welcher auch am Boden nicht schmolz, so daß die Bevölkerung, die schweren Schaden erleidet, stundenlang das trostlose Schauspiel weißer Landschaften im Juli hatte.

Wieder frei. Der Chefredakteur Albert Herzog von der „Badischen Presse", der wegen Beleidigung des Fräuleins Olga Molitor zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, ist gestern, nachdem er einen Teil seiner Strafe verbüßt hat, aus dem Landesgefängnis in Freiburg i. Br. entlassen worden. Der Rest der Strafe wurde ihm im Gnadenwege erlassen.

Eine unglückliche Familie. Es bestätigt sich, daß Baron Albert Rothschilds jüngster Sohn Oskar sich erschossen hat. Sein ältester Sohn Georg ist seit vielen Jahren als irrsinnig in einer Heilanstalt, seine einzige Tochter Noemi ist unheilbar taub.

Im Steinbruch erschlagen. Im Steinbruch bei Olpe in Westfalen stürzte ein großer Felsen herab, unter dem der Unternehmer und zwei Arbeiter frühstückten. Der Unternehmer wurde erschlagen, die Arbeiter sind schwer verletzt.

Schweres Schiffsunglück. Auf dem Oberen See ereignete sich gestern ein schweres Schiffsunglück. Infolge des dichten Nebels stieß der stählerne Frachtdampfer „Cowle", der mit 8000 To. Eisenerz beladen war, mit dem unbeladenen Dampfer „Scott" zusammen. „Cowle" sank binnen 3 Minuten. Die ganze Besatzung von 40 Mann ist ertrunken. „Scott" wurde schwer beschädigt.

Letzte Nachrichten.

Einheitsbestrebungen innerhalb der linksliberalen Parteien.

Mannheim, 13. Juli. (Privattelegramm.) Der freisinnige Verein nahm in einer gestrigen Versammlung eine Resolution an, in der betont wird, daß die Einheitsbestrebungen der linksliberalen Parteien aufs wärmste zu unterstützen sind.

Kampf zwischen irischen Nationalisten und Orangisten.

H. **Belfast**, 13. Juli. Gestern abend kam es bei Gelegenheit der Jahresfeier der Schlacht, in der Jakob II. von Wilhelm von Oranien im Jahre 1690 besiegt wurde, zu großen Krawallen. Zahlreiche, mit Steinen bewaffnete Nationalisten marschierten nach dem Quartier der Orangisten und zerstörten viele Verkaufsläden. Es entspann sich ein regelrechter Kampf zwischen den Nationalisten und der Polizei, der mehrere Stunden dauerte. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Schwerverwundete.

Die Bilanz der Otavi-Gesellschaft.

Berlin, 13. Juli. (Privattelegramm.) Die angekündigte Aufsichtsratssitzung der Otavi-Bergbau- und Eisenbaugesellschaft fand heute statt. Es wurde beschlossen, da noch verschiedene Abänderungen an der Bilanz vorgenommen werden sollen, der Oeffentlichkeit das Resultat erst morgen bekannt zu geben.

Selbstmord aus Liebesgram.

Wien, 13. Juli. Der junge Baron Rotschild ist gestorben. Es verlautet, daß es sich um einen Selbstmord aus unglücklicher Liebe handelt.

Ueberschwemmungen in Oesterreich.

H. **Wien**, 13. Juli. Infolge des anhaltenden Regenwetters wird aus allen Landesteilen ein rapides Steigen der Flüsse gemeldet, die bereits vielfach aus den Ufern getreten sind. Besonders ungünstig lauten die Nachrichten aus den Alpenländern und aus Salzburg.

Selbstmord im Irrsinn.

H. **Salzburg**, 13. Juli. Der Millionär und Weingroßhändler Ignatz Weickl stürzte sich heute nach einem heftigen Kampfe mit seinem Diener vom Balkon seines Hauses auf die Straße, wo er mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Der Unglückliche dürfte die Tat im Irrsinn begangen haben.

Giolitti amtsmüde.

Rom, 13. Juli. „Corriere della Sera" sagt, daß Giolitti den Wunsch hat, sein Amt niederzulegen. Er wird sein Entlassungsgesuch jedoch noch zurückhalten, wegen der Schwierigkeiten, die in der jetzigen Ministerkrisis zu lösen sind.

Von der französischen Artilleriereorganisation

Paris, 13. Juli. Der Heeresausschuß der Kammer hat trotz des gegenteiligen Senatsbeschlusses bestimmt, daß die Zahl von drei Artillerieregimentern pro Armeekorps beibehalten wird.

Landwirtschaftlicher Streik bei Paris.

Versailles, 13. Juli. Ein Ausstand der landwirtschaftlichen Arbeiter und Gemüsegärtner ist in den Pachthöfen der Stadt Paris ausgebrochen. 800 Ausständische durchzogen mit großen Fahnen die Stadt, revolutionäre Lieder singend. Man befürchtet, daß die Ausständischen auf den Landstraßen nach Paris die Gemüsewagen anhalten werden.

Spanien in Marokko.

Madrid, 13. Juli. General Marina wird aus den Spanien freundlichen Stämmen eine Schutztruppe bilden, die mit der Gegend vertraut und an die dortige Lebensweise gewöhnt, dazu bestimmt sein soll, den Spaniern bei einer event. größeren Aktion im Innern Marokkos eine wirksame Unterstützung zu leisten.

Blutige Kämpfe in Persien.

Petersburg, 13. Juli. Die letzten Nachrichten aus Täbris sind unkontrollierbar, so daß man über den Aufenthalt des Schahs nichts bestimmtes weiß. In der Umgebung der Stadt hausen Banden, die morden, sengen und plündern. Täbris ist völlig in den Händen der Konstitutionalisten. Der Gouverneur ist machtlos. Da die Ernte nicht eingebracht werden kann, droht eine Hungersnot.

Unterhaltungsblatt.

Friedel halb-Füß. Von Fedor von Zobeltitz. (Forts.) — Erinnerungen eines Kriminal-Inspektors a. D. Von Karl Meitner. — Landstraße. Skizze von Paul Hermann Hartwig. (Schluß.) — Bunte Zeitung.

Leitung: Wilhelm Georg.
(In Vertretung: Eugen Brinkmann.)
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V.: Eugen Brinkmann; für „Ausland", „Letzte Nachrichten" u. „Sport": Erich Polckow; für den lokal. Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, und Handel: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.
Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0004

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der Privatdozent für Hygiene in Königsberg Dr. med. Robert Scheller ist zum Abteilungsleiter am Hygienischen Universitätsinstitut zu Breslau als Nachfolger von Prof. Dr. Reichenbach ernannt worden. — Seinen 70. Geburtstag feierte der Geh. Regierungsrat Dr. phil. Julius Euting, Honorarprofessor für semitische Sprachen an der Universität Straßburg und emerit. Direktor der dortigen Universitäts- und Landes-Bibliothek. — Für Philosophie habilitierte sich in Göttingen Dr. phil. Adolf Reinach, in Tübingen sich Dr. jur. Erwin Ruck mit einer Probevorlesung über „Die staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers", in der Berliner medizinischen Fakultät Dr. Jakob Katzenstein, Dr. Paul Fränckel und Dr. Eduard Förster. — Die landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf wird im laufenden Sommerhalbjahr nach vorläufiger Feststellung von insgesamt 566 (510) Studierenden besucht und zwar von 548 (483) ordentlichen Hörern und 18 (27) Hospitanten. — An der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften sollen vom nächsten Herbst an Jahreskurse über Kolonialwesen eingerichtet werden. — Dr. phil. Otto Quelle, Assistent bei Prof. Penck am geographischen Institut der Berliner Universität, ist in „J. Perthes Geographische Anstalt" in Gotha als Geograph eingetreten. Sein Nachfolger in Berlin ist Hermann Lautensach. — Ein gemeinsames thüringisches bakteriologisches Untersuchungsinstitut ist in Jena in Wirksamkeit getreten, unter Leitung von Geh. Rat Gärtner, dem Direktor des Hygienischen Universitätsinstituts. Es werden dort diagnosische Untersuchungen aller infektiösen Krankheiten kostenlos ausgeführt. Die Mittel gewähren die thüringischen Staaten und die Stadt Jena. — In der Heidelberger philosophischen Fakultät habilitierte sich Dr. jur. et phil. J. V. Bredt als Privatdozent mit einer Probevorlesung über „Die Geldtheorie des Jahres 1907". — Der Privatdozent für Kunstgeschichte Dr. A. Pelzer in Heidelberg ist zum a. o. Professor ernannt worden. — Die Universität Tübingen beging in feierlicher Weise den 100. Geburtstag des berühmten Geologen Friedrich August Quenstedt (gest. 1889), des geologischen Erforschers der schwäbischen Alb und Begründers der „Schwäbischen Geologie". Bei dem Festakt in der Aula hielt der Nachfolger Quenstedts, Prof. E. von Koken, die Gedächtnisrede. An der Feier beteiligten sich eine ganze Anzahl auswärtiger Fachgenossen des Gefeierten.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Die Schauspielerin Frau Berta Bayer-Braun, seit über 25 Jahren Mitglied des Hamburger Stadttheaters, ist nach kurzem, schwerem Leiden gestorben. Sie wirkte mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1892—93 in Wien am deutschen Volkstheater. — Der langjährige verdienstvolle Intendant der Hoftheater in Hannover, Louis Ellmenreich, der seit mehr als 20 Jahren an dieser Kunststätte (auch als Darsteller) wirkte, ist in den Ruhestand getreten, nachdem er am 13. Januar 1906 das seltene Jubiläum 50jähriger Bühnentätigkeit hatte feiern können. — Der bekannte Schauspieler Adolph Klein vom Berliner Neuen Schauspielhaus wird Berlin verlassen, um die Direktion des Theaters in Lodz zu übernehmen. — Der Streit zwischen Dramaturg und Direktor am Berliner Hebbeltheater scheint nun erledigt zu sein. Direktor Robert hat die Forderung des Herrn Dr. Reiß, der aus dem Verband des Hebbeltheaters austritt, in einer Form sichergestellt, die gleichzeitig eine Gesundung des Unternehmens erhoffen läßt. — Bernard Shaws vom Zensor verbotener satirischer Scherz „Zeitungsausschnitte", in dem das weibliche Stimmrecht in Verbindung mit dem obligatorischen Kriegsdienst und der Furcht der Engländer vor einer Invasion durchgehechelt wird, erlebte im Court-Theater in London vor einem eingeladenen, zumeist weiblichen Publikum seine Uraufführung und wurde beifällig aufgenommen. — Die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft ist dem bekannten Klaviervirtuosen Frédéric Lamond, dem Gatten von Irene Triesch, vom Fürsten von Sondershausen verliehen worden. — Frank Wedekinds neuer Einakter führt den Titel „Der Stein der Weisen". Der Untertitel lautet „Eine Geisterbeschwörung in einem Akt". Das Stück spielt im Mittelalter in Alchimistenkreisen.

Die „Dollarprinzessin" als Jubiläum. Leo Fall, der erfolggekrönte Komponist, ist in Berlin eingetroffen, um in der kommenden Woche der Jubiläumsfeier seiner Operette „Die Dollarprinzessin" im Lessing-Theater beizuwohnen und das Orchester selbst zu dirigieren. Die mit dem Ensemble des Neuen Operetten-Theaters ins Lessing-Theater übergesiedelte Dollarprinzessin" begeht, nachdem sie am Schiffbauerdamm im Neuen Operettentheater und im Westen Berlins ihre außerordentliche Zugkraft bewiesen hat, dort das seltene Jubiläum der 400. Aufführung.

Für das Erste Deutsche Brahmsfest (10. bis 14. September im Kgl. Odeon in München), welches anfangs bekanntlich auf lokalen Widerstand stieß, sind heute — zwei Monate vor dem Fest — sämtliche Plätze für alle Veranstaltungen im Abonnement verkauft. Die Generalproben der Orchester- und Choraufführungen werden öffentlich abgehalten werden. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle: Konzertbureau Emil Gutmann, München.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Min. Kredit 200,25, Diskonto 186,60, Deutsche Bank 343,25, Paketfahrt 117, Nordd. Lloyd 89,75, Russische Anleihe von 1902 86,90, Laurahütte 183,62, Bochumer Guss 230,50, Harpener 199,40, Gelsenkirchen 178,87, Berliner Handelsgesellschaft 172,80, Baltimore 116,87, Kanada 182,30, Phönix 175, Dresdner Bank 153,60, Schaafhausen 133, Lombarden 20,90, A.E.-G. 232,37, Siemens & Halske 220,90, Deutsche Uebersee 158,50, Luxemburger 199,25. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Terrain Südwest 1,75, Nordost Terrain 1,80, Unionsbrauerei 1, Henninger Reif. Brauerei 4, Wicküler Brauerei 2,75, Aluminium-Ind.-Ges. 3,25, Balcke Masch. 3,50, Loewe & Co. 2, Lübecker Masch. 1, Baer & Stein 1,50, Haller Metallwarenfabrik 1, Rhein. Metallaktien 5,75, Rhein. Vorzugsaktien 7, Schwartzkopff 1,50, Wegelin & Hübner 7, Wissaur Metall 2,50, Concordia chem. Fabrik 2, Union chem. Fabrik 2, Weiler chem. Fabrik 1,25, Deutsche Gaselühlicht 23, Gebhardt & Koenig 2,75, Gerresheimer Glas 1,50, Nordd. Spritwerke 1,25. Varziner Papierfabrik 1,40, Charlottenhütte 2, Düsseldorfer Röhren 4,75, Glückauf 1, Niederlausitzer Kohlen 2, Westfäl. Stahl 1; niedriger: Akt.-Ges. für Verkehrswesen 1,75, Maschinenfabrik Blume 3, Hofmann Waggon 2, Leipziger Werkzeug 1,25, Lincke 1,50, Westliche Bodengesellsch. 19 Mk., Wilmersdorf Rheingau 3, Patzenhofer Brauerei 1,25, Pfefferberg 3, Schlossbrauerei Schöneberg 1, Schultheissbrauerei 1,50, Spandauer Bergbrauerei 1,75, Vereinsbrauerei 2,50, Schöfferhof Brauerei 1, Höcherlbräu 1, Nitritfabrik 2,50, Deutsche Spiegelglas 1,50, Deutsche Tiefbohr-Ges. 2,50, Neue Photogr. Ges. 2, Nordd. Steingut 7,75, Arenberger Bergbau 3, Donnersmarckhütte 5, Mülheimer Bergwerk 1,50.

*

Londoner Börse vom 13. Juli. Es notierten: Engl. Konsols 84,31, Rio Tinto 75,00, Geduld 3,31, Goldfields 6,47, Steel com. 71,87, Steel preis. 128,87, Rand Mines 16,15, Anaconda 9,81.

Die Rübenzuckerindustrie in der amerikanischen Union.

Nicht nur in fast allen europäischen Ländern tritt sichtbar das Bestreben hervor, den Anbau der Zuckerrübe nach Möglichkeit zu steigern und den Verbrauch von Zucker durch Schaffung einer eigenen, leistungsfähigen Zuckerindustrie im Inlande selbst zu decken, auch in aussereuropäischen Ländern ist man bestrebt, auf diesem Wege zu wandeln. Vor allem natürlich in Amerika, und hier wieder in den vereinigten Nordstaaten.

In diesem Jahre beträgt denn auch die Steigerung des Anbaues von Zuckerrüben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen das Vorjahr volle 7 Proz., eine beachtenswert schnelle Vermehrung des mit Rüben bepflanzten Areals. Geht es in demselben Tempo weiter, so wird die Steigerung der amerikanischen Rübenzuckerproduktion in nicht zu ferner Zeit die Steigerung des amerikanischen Zuckerkonsums überflügeln, und es wird dann nicht mehr sehr umfangreicher Rohrzuckerernten auf Kuba, Java und den übrigen an Amerika liefernden Rohrzuckergebieten bedürfen, um den amerikanischen Bedarf von dem europäischen Rübenzucker dauernd unabhängig zu machen.

Den Aufschwung, den die Rübenzuckerindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika genommen hat, erweisen die Produktionszahlen seit Beginn des neuen Jahrhunderts. An dessen Stufe betrug die Zuckererzeugung Amerikas aus Rüben nicht mehr als rund 1,5 Millionen Zentner. Im Betriebsjahre 1900/01 wurden 1⅔ Millionen Zentner erzeugt, also nur wenig mehr als in der vorangegangenen Kampagne. Dann aber setzt eine sehr kräftige Steigerung ein. Für 1901/02 ergibt sich bereits eine Produktion von 3⅓, für 1902/03 eine solche von 3,90, für 1903/04 von 4,20, für 1904/05 ebenfalls 4,20 und für 1905/06 von 5,60 Millionen Zentner. In der Kampagne 1906/07 fand eine sehr bedeutende Steigerung der Produktion statt, und zwar auf 8⅔ Millionen Zentner, und die bisher höchste Erzeugung wurde in der Kampagne 1907/08 mit 8,80 Millionen Zentner erreicht.

Wolfram Lampen-Akt.-Ges., Augsburg. Nach 205 852 Mk. Abschreibungen ergab sich ein Verlust von 211 017 Mk., wovon 7188 Mk. aus dem Gewinnvortrag und 203 829 Mk. aus der Rücklage gedeckt werden, die sich danach auf 207 502 Mk. ermässigt. Für das laufende Jahr hofft die Verwaltung auf ein günstiges Ergebnis.

Die Lederfabrik J. J. Kluge in Altona ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiva belaufen sich auf etwa 250 000 Mark.

Dauernde Interessengemeinschaft soll Meldungen aus Amsterdam zufolge zwischen der Standard Oil Company und der Königlich Niederländischen Petroleumgesellschaft geplant sein.

Die Bremer Silberwarenfabrik verteilt 5 Proz. Dividende. (Im Vorjahre wurde keine Dividende verteilt.)

Elektra, Akt.-Ges. in Dresden. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 4 Proz. fest.

In dem Konkurse der Altonaer Wachsbleche Möller werden den Gläubigern ausser den bereits gezahlten 8 Proz. weitere 3 Proz. ausbezahlt werden, so dass sie im ganzen 11 Proz. erhalten.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 13. Juli. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. —.—. Roggen inländ. 121,00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 211—217, mittel 205—210, gering 197—204, russischer mittel u. gering 188—198. Mais, runder 158—164. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 160—175, gute 176—186, russische und Donau leichte 137 bis 143. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 200—208, kleine —.—. Weizenmehl 00 33,50—36,50. Roggenmehl 0 und 1 22,50—25,50. Weizenkleie 11,50—12,50. Roggenkleie 12,50—13,10. (Alles frei Bann).

Magdeburg, 13. Juli. Für 1000 kg netto ab Station Weizen ruhig, englischer gut 273 — 277, mittel — — —, Sommer gut 273—277, mittel — — —, Kolben Sommer gut 276—292, mittel —,—, Rauh gut — —, mittel —,—, ausländischer gut 264—274, mittel —,—.

Roggen flau, inländischer gut 183—186, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste ruhig, hies. Cheval. gut — — —, mittel —,—, Land, gut — — —, mittel —,—, ausl. Futter gut 136—138, mittel —,—.

Hafer fest, inländischer gut 204—208, mittel — — —, ausländischer gut 188—196, mittel —,—. Wand gut —, mittel —,—.

Mais stetig, runder gut 156—160, mittel —,— — — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—.

Hamburg, 13. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen —, Ostholst Mecklbg., 270—275. Roggen fest, Mecklburg. und Pomm. 196—200 Gerste ruhig, südruss. 118—119. Hafer fest, Holst. — — —. Mecklenburger 205—223. Mais ruhig, La Plata 121—122.

Antwerpen, 13. Juli. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Juli 5,70, Sept. 5,65, Nov. 5,50. Jan. 5,50. März 5,47½ Fr. Ruhig. Umsatz 80,000 kg.

Liverpool, 13. Juli. Roter Winterweizen per Sept. 8,7⅞, per Dez. 8,5¾. Fest. Mais, bunter, amerikanischer per Sept. —,—, per Okt. —,—.

Pest, 13. Juli. Weizen ruhig, per Okt. 13,68 Gd., 13,94 Br., Roggen per Okt. 9,98 Gd., 9,99 Br. Hafer per Okt. 7,61 Gd., 7,63 Br. Mais per Juli 7,73 Gd., 7,79 Br.

Zucker.

Hamburg, 13. Juli. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per Juli	10,50	10,50	10,50	Mk.
„ August	10,57½	10,57	10,57	„
„ Oktober	10,02½	10,02	10,02	„
„ Dezember	9,97½	9,90	9,97	„
„ März	10,17½	10,17	10,17	„
„ April	10,30	10,22	10,20	„
	still	ruhig	still	

Kaffee.

Hamburg, 13. Juli. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per September	31¼ Gd.	34¼ Gd.	34¼ Gd.
„ Dezember	30½ Gd.	32½ Gd.	32½ Gd.
„ März	30¾ Gd.	30¾ Gd.	30¾ Gd.
„ Mai	30½ Gd.	30¼ Gd.	30¼ Gd.
	schleppend	ruhig	behauptet

Havre, 13. Juli. Kaffee good average Santos per Sept. 41½, per Dez. 39¾, per März 39, per Mai 39.

Rio de Janeiro, 13. Juli. Kaffee-Zufuhren 18,000 Sack in Rio 44 000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 13. Juli. Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke —.—.

Magdeburg, 13. Juli. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 24,25—25,75.

Sämereien - Wochenbericht

von J. & P. Wissinger, Berlin.

Unsere Preise gelten bei Klee durchweg für seidereine Saaten. Wir notieren: Rotklee, prima Qualitäten aus Ostdeutschland 58 bis 65 Mark, aus Böhmen 54—62, Frankreich 54 60, Amerika 52—56, Weisskleе, fein bis hochfein 54—62, mittelfein 46—52, Schwedenklee 78—79, Gelbklee 29—35, Wund- oder Tannenklee 59—62, Inkarnatklee 23—27, Bokharaklee 44—48, Luzerne 62—16, Sandluzerne 14—16, Esparsette 17—20, Engl. Reygras 24 26, Ital. Reygras 23—27, Franz. Reygras 54—58, Timothee 22—26, Honiggras 16—44, Wiesenschwingel 88—98, Fioringras 48, enthülst 74—78, Wiesenfuchsschwanz 82—88, Wiesenrispengras 54—58, Poa compressa 35—38, Kammgras 100—115, 50 kg ab Berlin. Graue Wicken 215—250, Peluschken 220—235, kleine Erbsen 245—260, gelbe Lupinen 160—168, blaue 160—162 M. der 1000 kg Frachtparität Berlin.

Eier.

Berlin, 13. Juli. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ, 3,70—3,90, südrussische erste Sorte 3,50—3,70, bess. poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 3,40—3,60, geringe inländ., poln. und galizische Sorten 3,30—3,35 M., Kühlhauseier (oder Kiste —.—). Kalkeier — zweite Sorten —, kleine Eier 3,10—3,15 M. Tendenz: matt.

Fettwaren und Oele.

Köln, 13. Juli. Rüböl loko —.—, per Oktober —.—.

Hamburg, 13. Juli. Stadtschmalz 67,25, amerik. Steam 57,75, Chamberlain 59,50.

Wolle.

Bremen, 13. Juli. Baumwolle fest. Upl loko middl. 65½ Pfg.

Liverpool, 13. Juli. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen., davon Import 5,000 Ballen, davon Amerikaner 4,000 Ballen.

Liverpool, 13. Juli. Aegyptische Baumwolle per Aug. 9,18.

Alexandria, 13. Juli. Aegyptische Baumwolle per Aug, 17,30, Nov. 18,02, Jan. 18,07.

Chemische Produkte.

Hamburg, 13. Juli. Chilisalpeter per loco 8,90, Febr.-März 9,32½ frei Fahrzeug Hamburg.

Metalle.

London, 13. Juli. Chili-Kupfer ruhig 58 15/16, 3 Mon. 58⅞. Zinn Straits matt 130⅞, 3 Monat 13 3/16. Blei span., flau 12⅝, englisch 13. Zink, gewöhnliche Marke, träge 22, spec. Marke 22½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	12.7.	13.7.	Chicago.	12.7.	13.7.
Weizen p. Juli	126⅞	127⅞	Weizen p. Juli	118⅞	120
„ „ Sept.	118¼	118¼	„ „ Sept.	111⅞	110⅞
Mais p. Juli	77⅞	80	Mais p. Juli	72¼	72¼
„ „ Sept.	73¼	75	„ „ Sept.	67	67⅛
Mehl Spring clears	5,10	5,05	Hafer p. Juli	50⅝	49
Kaffee Fair Rio Nr. 7	7,10	7,10	„ „ Sept.	43¼	43
„ p. Juli	7,05	7,05	Roggen p. Sept.	79⅛	79
„ „ Aug	7,10	7,05	Schmalz „ Juli	11,70	11,62
Petroleum in Cases	10,80	10,80	„ „ Sept.	11,70	11,67
do. in New York	8,40	8,40			
do. in Philadelphia	8,35	8,35			

Tendenz: Weizen fest. Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	12. Juli	+0,36	13. Juli	+0,38	—	2
Nebra, Oberpegel	„	+2,03	„	+2,03	—	—
„ Unterpegel	„	+1,88	„	+1,88	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,44	„	+2,42	2	—
„ Unterpegel	„	+0,18	„	+0,20	—	2
Trotha	12. „	+1,78	13. „	+1,86	—	8
Alsleben, Oberpegel	12. „	+2,88	13. „	+2,98	—	—
„ Unterpegel	„	+1,24	„	+1,30	—	6
Bernburg	„	+0,88	„	+0,88	—	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,48	„	+1,48	—	—
do. Unterpegel	„	+0,44	„	+0,52	—	8

Iser.	Juli	Fall	Wuchs	Eger. Elbe. Moldau.	Juli	Fall	Wuchs
Budweis	12. +0,54	—	8	Torgau	13. +2,18	—	6
Prag	—	—	—	Wittenberg	„ +5,77	12	—
Jungbunzl	„ +0,10	6	—	Rosslau	„ +2,80	21	—
Laun	„ +0,32	—	10	Barby	„ +2,40	16	—
Pardubitz	„ +0,13	3	—	Magdeburg	„ +2,06	8	—
Brandeis	„ —	—	—	Tangermde.	„ +3,06	30	—
Melnik	„ +0,86	—	1	Wittenberge	„ +2,89	16	—
Leitmeritz	13. +0,87	—	1	Dömitz, Peg.	12. +2,40	—	15
Aussig	„ +1,29	6	—	Hohnstorf	13. +2,27	—	15
Dresden	„ —0,18	1	—	Lauenburg	„ +2,29	—	16

Aussig 13 Juli. Pegelstand plus 129 cm. Vom Oberlauf werden 313 cm Wuchs gemeldet.

Prämien-Kursbericht

Jer Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.

12. Juli 1909.

Tel gramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Juli	August	Rückprämien. Juli	August
Lombarden	21¼ — ⅜	21¾ — ⅜	—	—
Franzosen	154⅞ — ¼	155⅜ — 1¼	153½ — ⅛	152⅞ — 1¼
Baltimore	118⅝ — 1⅜	119¼ — 2	115⅞ — 1⅜	115¼ — 2
Canad. Pacific	154¼ — 1½	155½ — 2½	151¼ — 1½	150½ — 2½
Türken-Lose	147½ — 1½	148¼ — 2	—	—
Darmstädt. B.	—	—	—	—
Disc. Comm.	187⅝ — 1⅛	188¼ — 1¾	185⅜ — 1¼	185 — 1¼
Berl. Hdlsges.	174 — 1¼	174⅞ — 1¾	172¾ — 1⅛	172⅛ — 1⅜
Dtsch. Bank	244½ — 1¼	245½ — 1¾	242 — 1¼	241¾ — 1¾
Dresdner Bk.	154⅜ — 1⅛	155½ — 1⅜	—	—
Oesterr. Cred.	201⅜ — 1¼	202¼ — 1¾	199¼ — 1¼	199 — 1¾
Russenbank	144¼ — 1⅛	144¾ — 2	—	—
Dynam. Trust	—	—	—	—
Hamb. Packet	118⅜ — 1⅛	119⅛ — 2¼	114⅜ — 1½	115 — 2¼
Nordd. Lloyd	91⅝ — 1½	92⅞ — 2¼	88⅝ — 1½	87⅞ — 2¼
Prince Henry	130⅞ — 1⅜	131¾ — 2¼	—	—
Gr. Berl. Strb.	185½ — 1¾	186¾ — 2¼	182 — 1¼	181¼ — 2⅜
3% Reichsanl.	—	87 — ½	—	—
Russen v 1902	87½ — 1¼	87¾ — 2¼	—	—
Bochumer	233½ — 2½	234¼ — 2¼	228⅞ — 2¼	228 — 3¼
Laura	185¾ — 2½	187¼ — 3¼	181½ — 2¼	180⅝ — 3¼
Gelsenkirch.	—	—	—	—
Harpener	192⅝ — 2½	193¾ — 2⅞	188½ — 2¼	188 — 2⅞
Phönix	177⅝ — 2½	178⅝ — 3¼	173½ — 2½	173⅞ — 3¼
D.-Luxemb.	202½ — 3	203¼ — 4	196½ — 3	195⅝ — 4
Dortmunder	—	—	—	—
A. E. G.	234⅞ — 2	236 — 2⅞	230¾ — 2	230¼ — 2⅞

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen.

von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 13. Juli.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	3175	3275
Alexandershall	9700	10,000	Immenrode	4000	4100
Beienrode	5500	5800	Johannashall	4800	4900
Burbach	13,300	13,800	Justus I	90	92
Carlsfund	7400	7600	Kaiseroda	8600	8800
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	99	100
Desdemona	7550	—	Ludwigshall	83	84
Deutsch. Kali-Akt.	130	132	Neustassfurt	10,300	10,700
Deutschland	4450	4650	Reichskrone (Lossa)	1100	1200
Friedrichshall	100	101½	Roland	—	—
Gitchaut Sondershausen	17,000	17,500	Ronneberg (Akt.)	142	144
Günthershall	4100	4200	Rothenberg	2500	2625
Hann. Kali-Akt	—	—	Sachsen-Weimar	4400	4500
Hansa	3750	3850	Schieferkaute	—	—
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Siegfried I	5000	5100
Heldburg	75½	76½	Sigmundshall	178	182
Heldrungen I	1850	1900	Teutonia-Akt.	146	148
Heldrungen II	1775	1875	Wilhelmshall	12,650	12,950
Hermann II	—	—	Wintershall	14,000	14,900
Hohenfels	7800	8000			
Hohenzollern	5400	5600			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0005

Berliner Börse, 13. Juli 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1. Jan. 1. Juli	4 1. Apr. 1. Okt.	7 1. Juli 1. Jan.	O 1. Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q₁ quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1. Fbr.	5 1. Mai	8 1. Aug.	N 1. Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1. Mrz.	6 1. Juni	9 1. Spt.	D 1. Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 2⅜%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Deutsche Pfandbriefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleihen

Renten-Briefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. indust. Gesellsch. hypothekar. sichergestellt

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechselkurse

Gold, Silber, Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090714019/fragment/page=0006